

Difu-Umfrage

Finanznot und Wirtschaftssorgen dominieren kommunale Agenda

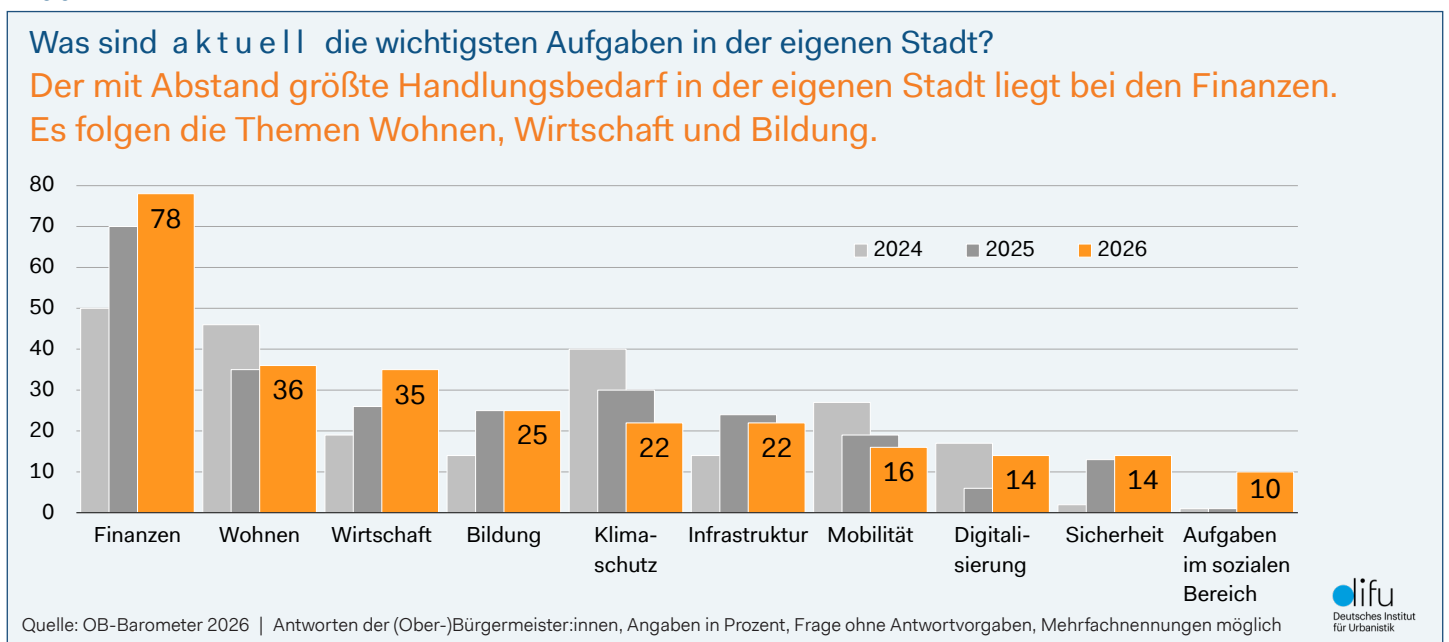
Finanzen bleiben laut OB-Barometer des Difu auch 2026 wichtigstes Thema der Städte. Wirtschaft und Arbeitsmarkt gewinnen an Bedeutung, die Unterbringung von Geflüchteten verliert für Kommunen an Dringlichkeit. Herausforderungen durch Demokratieskepsis und Rechtspopulismus größer.

Bereits in den letzten zwei Jahren war das Thema „Kommunalfinanzen“ das wichtigste aktuelle Handlungsfeld der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister (OBs) für die eigene Stadt. 2026 wird das Thema noch einmal wichtiger (Abb. 1): Für 78 % der OBs ist es das dringendste Thema, mit einem Abstand von mehr als 40 Prozentpunkten zu den nächstwichtigsten Themen „Wohnungsbau“ (36 %) und „Stärkung der Wirtschaft“ (35 %). Dies bestätigt einmal mehr die desolante Finanzsituation der deutschen Kommunen. Das Finanzierungsdefizit ist 2025 auf den Rekordstand von 31,9 Milliarden Euro angestiegen (destatis Pressemitteilung Nr.114, 1.4.2026). Insbesondere Personalkosten und Ausgaben für Sozialleistungen sind Kostentreiber. Der Arbeitskreis Steuerschätzungen korrigierte die zukünftigen

Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden im Mai 2026 um 3 %, das heißt um fast 25 Milliarden Euro, nach unten. Verschärfend kommt hinzu, dass die Städte ein Viertel der staatlichen Ausgaben leisten, aber nur ein Siebtel der staatlichen Steuereinnahmen erhalten. Der Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände, den Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer zu erhöhen, könnte die Städte finanziell spürbar stärken. Perspektivisch wird es jedoch um eine Neuordnung der föderalen Finanzordnung gehen müssen.

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums bleibt – wie im Vorjahr – das zweitwichtigste Thema der OBs (36 %). Deutlich wichtiger geworden sind Fragen von „Stärkung der Wirtschaft, Wirtschaftsförderung, Strukturwandel, Konjunktur“

Abb. 1



(35 %, 2025: 26 %). Die fortdauernde schwierige konjunkturelle Lage, eine vielerorts schrumpfende Industrie, Verlagerung und spürbarer Abbau von Arbeitsplätzen verstärken auch auf der kommunalen Ebene den Handlungsdruck. Das Thema hat „die Plätze getauscht“ mit „Klimaschutz, Energiepolitik, Nachhaltigkeit, Wärmewende“, Handlungsfelder, die nur noch 22 % der OBs zu den aktuell wichtigsten zählen, im Vergleich zu noch 30 % im Jahr 2025. Und auch dies war bereits ein deutlicher Rückgang gegenüber den Vorjahren und Maxima, die bei über 60 % der Nennungen lagen.

Die Stadtspitzen nannten nicht explizit die Rolle von KI und Konsequenzen aus deren zunehmend stärkerem Einsatz, jedoch Begriffe wie „Smart City, Digitalisierung, Breitbandausbau“. Das Thema ist im Vergleich zu 2025 wichtiger geworden (von 6 % auf 14 % der Nennungen).

Erstmals nannte eine größere Zahl an OBs unter den wichtigsten Themen für die eigene Stadt „Aufgaben im Sozialbereich“ (10 %), vor allem in Zusammenhang mit den weiter steigenden Kosten in diesem Bereich. Nicht nur in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Eingliederungshilfe sind die Ausgaben in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen, sondern auch in der Pflege (+51 % zwischen 2014 und 2024). Diese Ausgabendynamik muss aus kommunaler Perspektive bei der anstehenden Pflegereform dringend berücksichtigt werden (DST, 22.4.2026).

Dazu passt, dass die demografische Entwicklung erstmals – vor allem von ostdeutschen Städten – als eines der aktuell (und zukünftig) wichtigsten Handlungsfelder genannt wird. Die ostdeutschen Bundesländer altern stärker und verzeichnen (in der Summe) größere Wanderungsverluste (destatis, 16. Bevölkerungsvorausberechnung, 2025). Daher

erwartet auch mehr als ein Viertel der ostdeutschen OBs in den nächsten fünf Jahren im Bereich der gesundheitlichen Versorgung und Pflege einen deutlich größeren Handlungsdruck als die OBs in allen anderen Bundesländern.

Die Einschätzungen der Stadtspitzen zur aktuellen Lage in der eigenen Stadt werden weitgehend in die Zukunft fortgeschrieben (Abb. 2). So bleibt das Thema „Finanzlage, Haushaltskonsolidierung“ auch in den Erwartungen für die nächsten fünf Jahre auf Platz 1 (64 %). Es folgt „Wohnungsbau“, ein Drittel der OBs gibt dem Thema hohe Priorität und damit noch einmal mehr als 2025 (30 %). Und auch die Stärkung der Wirtschaft bleibt für die nächsten fünf Jahre ganz oben (32 % der Nennungen, 2025: 25 %), während nur noch 25 % der Stadtspitzen „Klimaanpassung, Nachhaltigkeit, Klimawandel“ zukünftig für besonders wichtig halten. Bereits 2025 hatte das Thema deutlich an Bedeutung verloren, mehr als 40 % der OBs gingen jedoch davon aus, dass das Thema künftig wieder wichtiger werde.

2026 nennen die OBs wieder häufiger die Stärkung der Innenstadt sowohl als aktuelle Herausforderung als auch als wichtiges Zukunftsthema. Die Transformation der Innenstädte zu lebenswerten und zukunftsfähigen Orten bleibt auf der Tagesordnung, die (unklare) Zukunft von Warenhäusern, Leerstand von Ladenlokalen und vielerorts weniger Besucher der Innenstadt stehen beispielhaft dafür. Hinzu kommt, dass mehrere Förderprogramme zur Innenstadt inzwischen ausgelaufen sind oder 2026 auslaufen.

Neu und erstmalig nennen 2026 13 % der OBs die Themen „Katastrophenschutz, Bevölkerungsschutz, Krisenmanagement“, sie reagieren damit auf die aktuelle geopolitische Lage und deren Implikationen auch auf der kommunalen Ebene.

Abb. 2

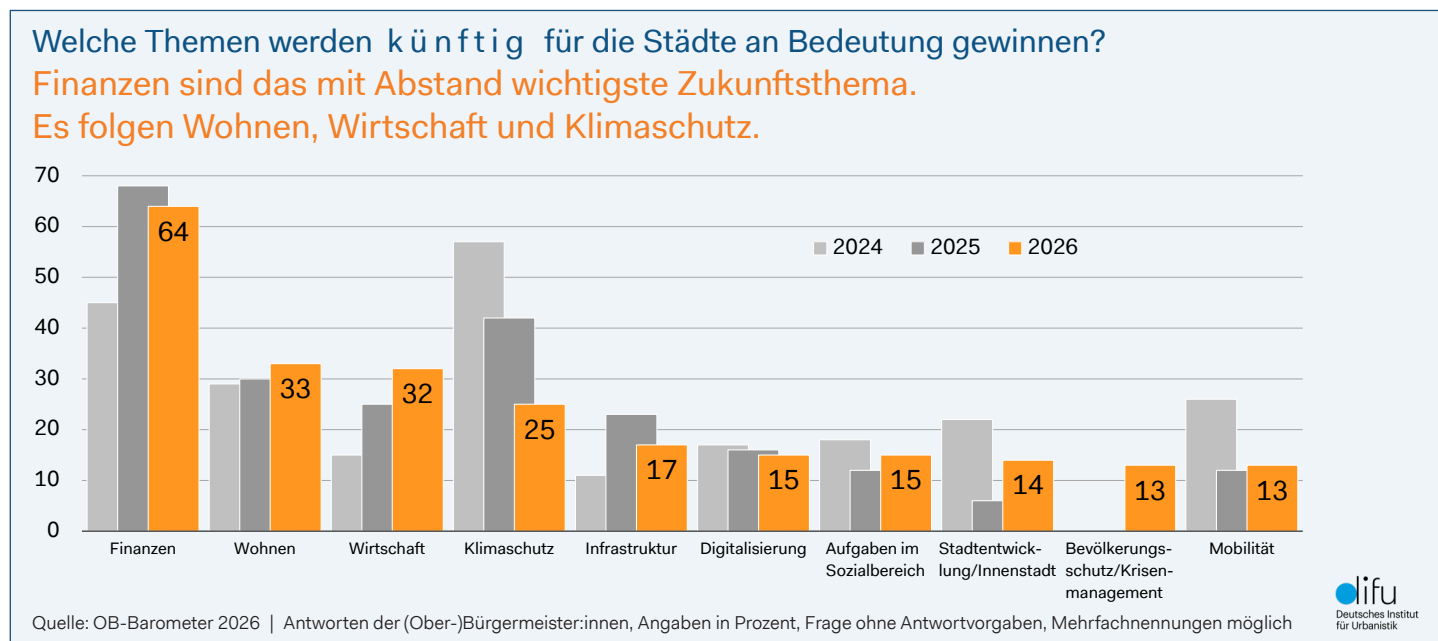
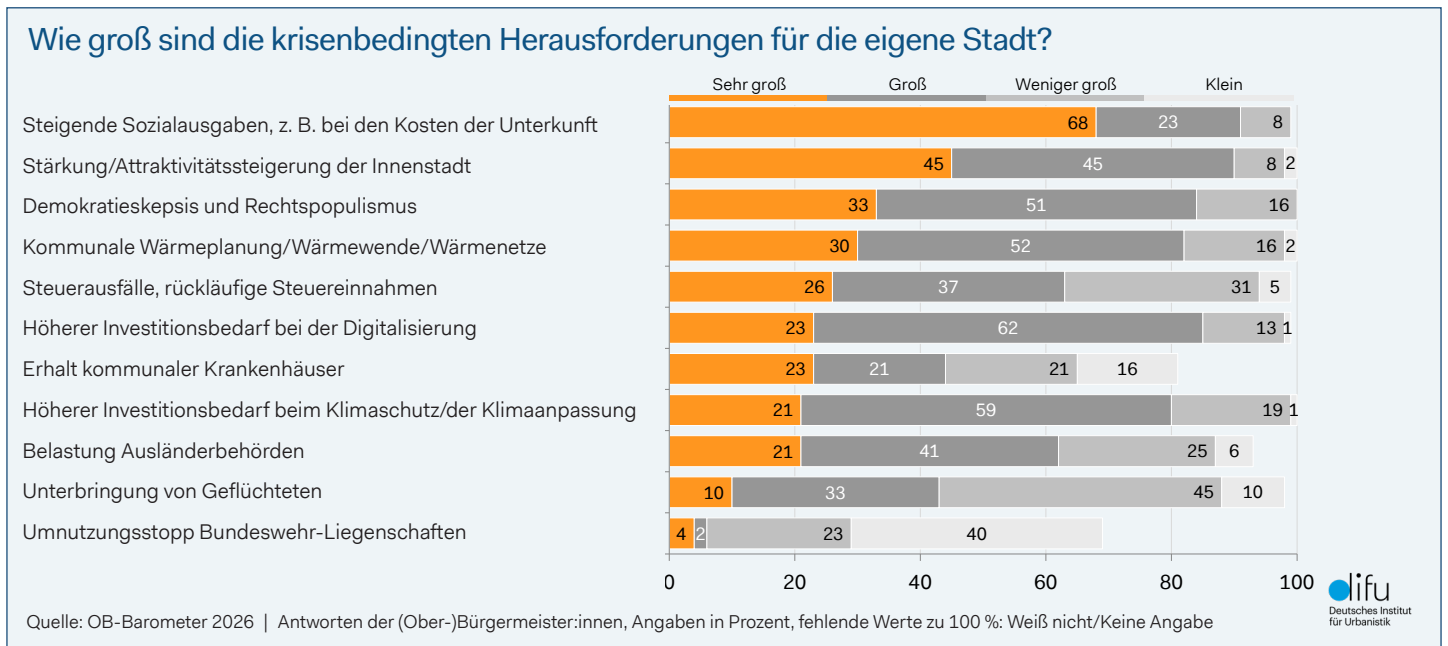


Abb. 3



Bei der Frage nach den „krisenbedingten Herausforderungen“ (Abb. 3) werden den Stadtspitzen verschiedene Herausforderungen genannt, zu denen sie sich im Hinblick auf die Bedeutung für die eigene Stadt positionieren sollen. In den Antworten wird u.a. deutlich, worauf die Wichtigkeit des Finanzthemas zurückzuführen ist. Vor allen anderen Herausforderungen – und noch einmal deutlich stärker als 2025 – bestätigen die OBs, dass steigende Sozialausgaben eine der sehr großen oder großen Herausforderungen für die Kommunalpolitik darstellen (91 %). Steuerausfälle und rückläufige Steuereinnahmen bestätigen 63 % der Stadtspitzen als Herausforderung. Auch der Investitionsbedarf bei Maßnahmen und Projekten der Digitalisierung stellt weiterhin eine relevante Herausforderung dar (85 % sehr groß oder groß). Demokratiseskepsis und Rechtspopulismus gewinnen an Bedeutung, 84 % der OBs bestätigen dies.

Die Umsetzung der Wärmewende bedeutet für die Kommunen weiterhin eine große Herausforderung (82 %), der jetzt vorliegende Entwurf des „Gebäudemodernisierungsgesetzes“ kommt spät und wird kritisch diskutiert. Auch bei Klimaschutz und Klimaanpassung bleibt der Investitionsbedarf eine wichtige Herausforderung (80 % sehr groß oder groß, allerdings nur noch 21 % sehr groß).

Das Thema der Unterbringung von Geflüchteten hat in der Wahrnehmung der OBs deutlich an Bedeutung verloren. Nur noch 43 % der Kommunen sehen darin eine sehr große (10 %) oder große (33 %) Herausforderung, im Vergleich zu 2025, als dies noch fast 60 % der Stadtspitzen so wahrnahmen. Kaum ein OB hat das Thema (spontan bei den offenen Antworten) als aktuell oder zukünftig wichtiges Handlungsfeld genannt. Dies korrespondiert mit der weiter rückläufigen

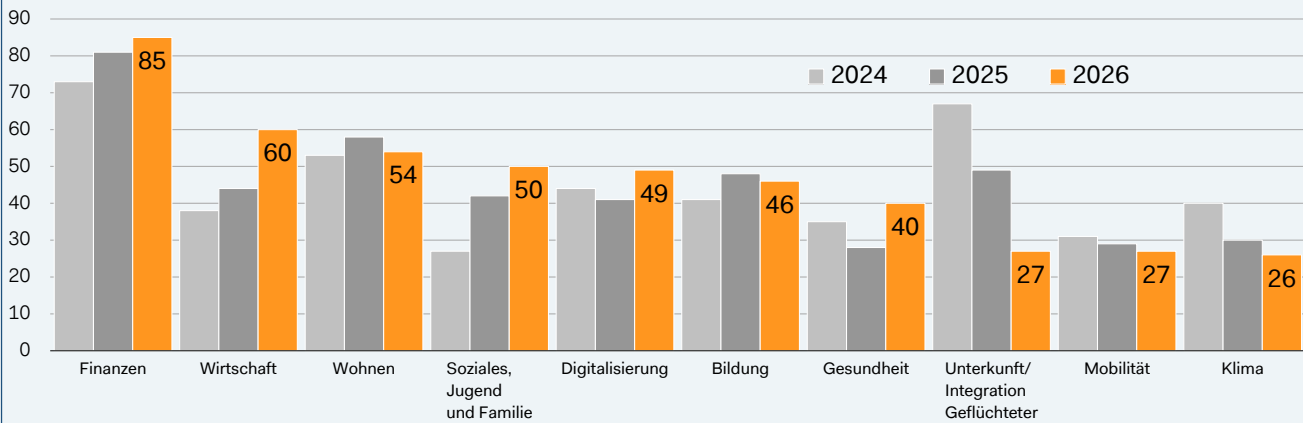
Zahl an Asylanträgen, allein im ersten Quartal 2026 waren es fast 40 % weniger im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Aktuelle Zahlen 03/2026, 7.4.2026). Dies entlastet die Kommunen, allerdings bleiben die Anforderungen an den Zugang zu Wohnraum, eine ausreichende Infrastruktur in den Bereichen Kita- und Schulplätze und bei der Integration bestehen. Mit dieser Situation korrespondiert die Einschätzung, dass die Ausländerbehörden weniger belastet sind als in den Vorjahren. Knapp zwei Drittel der Stadtspitzen sehen in der Auslastung ihrer Ausländerbehörden immer noch eine sehr große oder große Herausforderung, 2025 waren es allerdings noch 73 %.

Überraschenderweise wird das Thema des Umnutzungsstopps von Bundeswehrliegenschaften, das in der Presse einige Aufmerksamkeit erfahren hat, nur von ganz wenigen an der Befragung mitwirkenden OBs als Herausforderung für ihre Stadt bestätigt.

Auch 2026 ist die Finanzpolitik der Bereich, in dem die Stadtspitzen am dringendsten Unterstützung durch die Länder, den Bund oder die EU einfordern (85 %). Alle anderen Politikbereiche folgen mit Abstand (Abb. 4). Auch hier hat allerdings die „Wirtschaftspolitik“ (60 % der Nennungen, 2025: 44 %) andere Handlungsfelder, auch die „Wohnungspolitik“, überholt. Entsprechend wünschen sich die OBs mehr Unterstützung im Bereich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik (2026: 24 %, 2025: 16 %). An Bedeutung gewonnen haben die Sozial-, Jugend- und Familienpolitik, korrespondierend mit hohem Ausgaben- und Spar- druck im Sozialbereich. Auch der Bedeutungsgewinn des demografischen Wandels spiegelt sich hier wider.

Abb. 4

In welchen Bereichen müssen die Rahmenbedingungen für Kommunen verbessert werden? Finanzen sind mit deutlichem Abstand der Bereich, in dem bessere Rahmenbedingungen gefordert werden. Es folgen Wirtschaft und Wohnungspolitik.



Quelle: OB-Barometer 2026 | Antworten der (Ober-)Bürgermeister:innen, Angaben in Prozent, Frage ohne Antwortvorgaben, Mehrfachnennungen möglich

Finanzlage, Haushaltskonsolidierung, Inflation sind Themen, die 2026 noch einmal wichtiger geworden sind, als aktuelle Herausforderung und mit Blick in die Zukunft. Die Schwäche der deutschen Wirtschaft, aktuell verstärkt durch die geopolitische Situation, führt dazu, dass auch auf der kommunalen Ebene Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik weiter an Bedeutung gewinnen. Vor allem für die ostdeutschen Städte wird der demografische Wandel zu einem zunehmend wichtigen Handlungsfeld.

Insgesamt sind von diesen Herausforderungen alle Kommunen betroffen, die Einschätzungen und Bewertungen der OBs unterscheiden sich – wie schon in den Vorjahren – kaum zwischen den Bundesländern oder Städten unterschiedlicher Größe.

Informationen zum OB-Barometer

Das OB-Barometer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) ist eine jährlich durchgeführte Befragung der (Ober-)Bürgermeister:innen (OBs) der deutschen Städte ab 50.000 Einwohner:innen. Sie wird vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt und hat zum Ziel, anhand von vier Fragen frühzeitig Veränderungen in diversen kommunalen Handlungsfeldern sichtbar werden zu lassen. Die diesjährigen Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen telefonischen Befragung, die vom 14.1. bis 2.4.2026 vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap im Auftrag des Deutschen Instituts für Urbanistik durchgeführt wurde. 121 der 195 eingeladenen (Ober-)Bürgermeister:innen (darunter 12 stellvertretende Personen) beteiligten sich. Dies entspricht einer Teilnahmequote von 62,1 %.

Ansprechpartner OB-Barometer:

Prof. Dr. Jochen Monstadt, +49 30 39001-214, monstadt@difu.de | Dr. Beate Hollbach-Grömig, +49 30 39001-293, hollbach-groemig@difu.de, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Zimmerstraße 13–15, 10969 Berlin

Weitere Informationen und vertiefte Analysen zur Befragung unter www.difu.de/OB-Barometer

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ist das größte Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum. Ob Stadt- und Regionalentwicklung, kommunale Wirtschaft, Kommunalfinanzen, Städtebau, soziale Themen, Umwelt, Verkehr, Kultur, Recht oder Verwaltungsthemen: Das 1973 gegründete, unabhängige, in Berlin und Köln ansässige Institut beschäftigt sich praxisorientiert mit allen Aufgaben, die Kommunen heute und in Zukunft zu bewältigen haben.